

Schweiz soll Flüchtlinge direkt einfliegen

CVP-Regierungsrat Guido Graf verlangt, dass nur noch ausgewählte Flüchtlinge Schutz erhalten. Amnesty International ist entsetzt.

Mit radikalen Vorschlägen will der Luzerner Sozialdirektor Guido Graf (CVP) das Schweizer Asylsystem umkrempeln. In einem Interview mit der «Basler Zeitung» verlangt er, dass die Schweiz die Anzahl und die Herkunft der aufgenommenen Flüchtlinge künftig selber bestimmen soll. Die Idee: Ein jährlich vom Bundesrat festgelegtes Flüchtlingskontingent. Sei dieses erreicht, dürften keine weiteren Flüchtlinge mehr aufgenommen werden. Die Möglichkeit, bei der Ankunft an der Grenze und innerhalb des Landes individuell um Asyl zu ersuchen, sei zu streichen.

«Der Anspruch, dass jede Person in der Schweiz individuell ein Gesuch um Asyl stellen kann, ist in der heutigen Situation nicht mehr umsetzbar. Wir können nicht Jahr für Jahr 40 000 Asylsuchende aufnehmen.» Dafür solle der Bund die Flüchtlinge direkt aus den Kriegsregionen holen. Graf will so den Asylschutz auf die Schwachen konzentrieren, wie er der «Basler Zeitung» sagt.

«Viele Menschen sind aus wirtschaftlichen Gründen geflohen»

Sinn und Zweck des Asylrechtes sei, Mensch zu schützen, die vor Krieg und Gewalt auf der Flucht seien. Mittlerweile hätten wir aber «viele Menschen in Europa, die aus wirtschaftlichen Gründen geflohen sind». Dies sei gemäss Genfer Flüchtlingskonvention kein Asylgrund, betont Graf. «Mit Kontingenten können wir gezielt Flüchtlingen Asyl gewähren, denen eine Flucht aus körperlichen oder finanziellen Gründen gar nicht möglich gewesen wäre.»

Festgelegt werden soll die Grösse des Kontingents durch das «Integrationspotential eines Landes», wie Graf auf Nachfrage erklärt. Bestimmt werde dieses von der Bevölkerungszahl, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schweiz, der Arbeitslosenrate sowie der Quote der Sozialhilfeempfänger. Für alle Flüchtlinge, die individuell ein Gesuch einreichen oder nicht in das Kontingent fallen, hiesse das: «Zurückschaffung in das Ersteinreiseland – oder wenn möglich: direkt ins Herkunftsland.»

SVP-Nationalrat Thomas Burgherr begrüsst die Forderung Grafs. «Diejenigen, die es bis zu uns schaffen, gehören meist schon zu einer privilegierten Schicht. Zurück bleiben die wirklich Bedürftigen.» Wenn der politische Wille vorhanden wäre, sei eine Reduktion der Flüchtlingsmigration auch unter Wahrung der humanitären Tradition möglich. «Jährlich 40'000 bis 60'000 Asylsuchende – das ist für die Schweiz sozial und finanziell nicht verkraftbar.»

«Es gibt ein Recht, Asyl beantragen zu können»

Dagegen sagt Beat Gerber, Sprecher von Amnesty International, eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen verstosse klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. «Es gibt ein Recht, Asyl beantragen zu können – dazu hat sich die Schweiz verpflichtet.» Eine kategorische Rückweisung von Flüchtlingen an der Grenze wäre rechtswidrig. «Die Behörden haben die Pflicht, jeden Fall einzeln zu prüfen.»

Hinzu komme, dass die Furcht vor einer Überlastung der Schweiz etwa angesichts der Zustände in den Nachbarländern Syriens sehr seltsam anmute, so Gerber weiter. «Alleine der Libanon und Jordanien haben über 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, und dann spricht man hier angesichts von einigen zehntausend von einem Notzustand.» Als reiches europäisches Land habe die Schweiz die humanitäre Pflicht, einen gerechten Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu leisten.

(jh)